

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 17.03.2015 nach § 25 Abs. 3 Satz 3 GeschO
2. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen gem. Art. 52 Abs. 3 GO
3. Öffentliche Sicherheit;
Erhöhung des Beitrages für das Tierheim in Ebersberg
4. Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung;
Auswahl des Ausschreibungsbüros
5. Haushaltswesen;
Zwischenbericht für das Haushaltsjahr 2015
6. Informationen
7. Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung

TOP 1

Genehmigung der Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 17.03.2015 nach § 25 Abs. 3 Satz 3 GeschO

Die Niederschrift über die 2. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 17.03.2015 wurde in das Gremieninfo eingestellt bzw. per Post versandt.

Beschluss:

Ja: 9 Nein: 0

Der Finanzausschuss beschloss einstimmig, die Niederschrift der 2. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 17.03.2015 zu genehmigen.

TOP 2

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlichen Sitzungen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

Nachdem die Gründe für die Behandlung in nicht öffentlicher Sitzung weggefallen sind, wurden von der Ersten Bürgermeisterin folgende Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt gegeben (Art. 52 Abs. 3 GO):

Sitzung des Finanzausschusses vom 14.10.2014, TOP 4:

Dienstfahrzeuge;

Beschaffung eines Dienstfahrzeuges für die Verwaltung

Der Finanzausschuss beschließt, die Verwaltung zu ermächtigen, einen VW eGolf vom Autohaus Ebersberg zu den angebotenen Bedingungen zu leasen. Die Bestellung erfolgt im Oktober bei einer Lieferzeit von ca. einem halben Jahr. Der VW Polo wird an

die Autoteile verkauft, wenn diese einem Kauf zustimmen. Die Nutzung für die Verwaltung wird während der Dienstzeit festgeschrieben.

Sitzung des Finanzausschusses vom 14.10.2014, TOP 6:

Feuerwehr Grafing;

Vergabe der Erneuerung der Schlauchpflegeanlage im Feuerwehrhaus

Der Finanzausschuss beschließt die Erneuerung der Schlauchwaschanlage im Feuerwehrhaus Grafing zum Preis von 48.447,45 € an die Firma Bockermann zu vergeben. Haushaltsmittel für die Maßnahme sind vorhanden.

TOP 3

Öffentliche Sicherheit;

Erhöhung des Beitrages für das Tierheim in Ebersberg

Die Stadtratsmitglieder Saißreiner, Dr. Böhm und Ottinger erscheinen zur Sitzung.

Die Sitzungsleiterin erteilt dem Vertreter der Verwaltung, Herrn Bauer, das Wort.

Dieser erläutert die zur Verfügung gestellte folgende Beschlussvorlage:

Die Städte und Gemeinden haben die gesetzliche Aufgabe, sich im Rahmen ihrer Tätigkeit als Fundbehörden auch um aufgefundene, herrenlose Tiere zu kümmern (§§ 982, 983 BGB, Art. 61 Ausführungsgesetz zum BGB – AGBGB, § 2 Fundtierverordnung – FundV) und auch die Kosten zu übernehmen. Diese Aufgabe schließt für Fundtiere die Annahme, Aufbewahrung und Ermittlung des Besitzers ein. Bei Fundtieren ist wegen der besonderen gesetzlichen Stellung nach § 90a BGB auch zu berücksichtigen, dass die Tiere nicht nur verwahrt, sondern auch artgerecht untergebracht, gepflegt und tierärztlich behandelt werden müssen. Neben diesen, unmittelbar das gefundene Tier betreffende Kosten entsteht ein nicht zu unterschätzender Verwaltungsaufwand.

Schon logistisch ergibt sich hieraus, dass die Wahrnehmung dieser Verpflichtung besonders die organisatorische Leistungsfähigkeit kleinerer Gemeinden überfordert. Besonders schwer fällt ins Gewicht, dass es nicht planbar ist, wie viele Fundtiere wie lang entsprechend zu betreuen sind, bis sie dem Besitzer zurückgegeben oder anders vermittelt werden können. Aus diesem Grund arbeiten die meisten Kommunen mit örtlichen Tierschutzvereinen zusammen und nutzen dabei das dort vorhandene Know-how.

Im Bereich des Landkreises Ebersberg gibt es bereits seit 1991 eine Zweckvereinbarung aller Landkreismunicipalitäten bezüglich der Unterhaltung einer Tierauffangstation in Ebersberg. Die Landkreismunicipalitäten leisten dabei an den Tierschutzverein Ebersberg e.V. einen jährlichen Beitrag in Höhe von 0,40 €/Einwohner, welcher über die Stadt Ebersberg als Sitz dieser Tierstation abgewickelt wird.

Zusätzlich zu diesem laufenden Betrag beteiligten sich die Landkreismunicipalitäten an dem Bau der neuen Tierauffangstation in Ebersberg. Mit dem Neubau im Gewerbegebiet Ebersberg, konnten die seit beinahe Jahrzehnten bekannten Kapazitätsprobleme des Tierschutzvereins bei der Tierunterbringung gelöst werden.

Bei der Diskussion um die Bezuschussung des Neubaus wurde nicht ausreichend berücksichtigt, dass die Tierauffangstation auch unterhalten werden muss und zusätzlich bei dann mehr aufgenommenen Tieren auch der übrige laufende Aufwand steigt.

Mit Schreiben vom 19. Mai 2015 hat nunmehr die Vorsitzende des Tierschutzvereins die Kommunen des Landkreises um eine deutliche Erhöhung des laufenden Zuschusses gebeten.

Mit einer ausführlichen Berechnung wurde ein Finanzbedarf von 1,00 Euro/Einwohner ermittelt. Das Schreiben und die Bedarfsberechnung wurden bei einer Bürgermeisterversammlung ausführlich diskutiert. Dabei wurde die grundsätzliche Notwendigkeit eines höheren Zuschusses anerkannt. Allerdings wurde der Bedarf von 1,00 Euro/Einwohner als extrem hoch bezeichnet und vor allem die in der Berechnung enthaltenen Abschreibungen kritisiert. Anstelle dessen wäre davon auszugehen, dass bei einem späteren Investitionsbedarf die Kommunen auch wieder einen Zuschuss leisten sollen.

Im Ergebnis hielten die Bürgermeister eine Erhöhung des laufenden Zuschusses auf 0,80 Euro/Einwohner für vertretbar und ausreichend. Dieser Sachverhalt wurde mit der Vorsitzenden des Tierschutzvereins besprochen, die letztlich erklärte, dass ein Zuschuss in genannter Höhe ausreichen müsse.

Von großer Bedeutung ist, dass an der neuen Regelung alle Landkreiskommunen teilnehmen. Nur so kann eine einheitliche Berechnung erfolgen. Für Grafing bedeutet die Erhöhung einen Mehraufwand von rund 5.000,-- € gegenüber der bisherigen Aufwendungen. Insgesamt werden pro Jahr rund 10.500,-- € fällig.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die Zinseinnahmen des Tierschutzvereines hingewiesen, welche auf ein Vermögen von ca. 100.000.– Euro schließen lassen, was eine Beteiligung des Tierschutzvereines an den laufenden Kosten rechtfertigen würde. Dies könne zu einer Reduzierung der Pauschale führen.

Bemängelt wurde außerdem, dass bei der Bezuschussung des Neubaus offenbar die Instandhaltungskosten als Folgekosten nicht ausreichend berücksichtigt wurden und nun hinterher die Gemeinschaft der Steuerzahler in Anspruch genommen wird.

Beschluss:

Ja: 8 Nein: 4

Der Finanzausschuss beschließt gegen 4 Stimmen, die Zweckverbandspauschale für den Tierschutzverein Landkreis Ebersberg e. V. mit Wirkung vom 01.01.2016 von bisher 0,40 Euro/Einwohner auf 0,80 Euro/Einwohner zu erhöhen.

TOP 4

Europaweite Ausschreibung der Stromlieferung;
Auswahl des Ausschreibungsbüros

Die Sitzungsleiterin erteilt dem Vertreter der Verwaltung, Herrn Bauer, das Wort. Dieser erläutert die zur Verfügung gestellte folgende Beschlussvorlage:

Zum 31.12.2016 laufen unsere Stromlieferungsverträge aus. Dann wird wieder eine europaweite Ausschreibung notwendig. Das Thema wurde bereits in der Stadtratssitzung vom 09.06.2015 behandelt. Damals wurde noch keine Entscheidung getroffen, sondern folgender Beschluss gefasst.

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, für die europaweite Ausschreibung der Stromlieferung für die Jahre 2017 mit 2019 ein gemeinsames Vorgehen mit den Landkreisgemeinden anzustreben. Dabei soll die Stromlieferung in die Lose, wie bei der letzten Ausschreibung, Kleinanlagen, Großabnahmestellen und Straßenbeleuchtung aufgeteilt werden.

Die Stadt hatte sich für den Zeitraum 2011 mit 2013 auf die vom Bayerischen Gemeindetag ausgefertigte Ausschreibung verlassen. Danach wurde allerdings im Stadtrat die im Vertrag bestimmte Definition von Ökostrom heftig kritisiert, weil dieser auch Wasserkraft aus alten Anlagen zugelassen hat.

Bei der nächsten Ausschreibungsrunde für die Jahre 2014 mit 2016 hat der Bayerische Gemeindetag dann für eine Sammelausschreibung durch das Onlineportal Kubus geworben. Die Stadt hat jedoch eine eigene Definition von Ökostrom beschlossen und dabei Wasserkraft ausgeschlossen. Infolgedessen wurde, losgelöst von der Federführung des Gemeindetags, eine eigene Ausschreibung durchgeführt, bei der das Versorgungsgebiet in 3 Lose-Abschnitte aufgeteilt wurde. Man wollte damit auch den kleineren Anbietern die Möglichkeit bieten, sich um die Stromlieferung zu bewerben.

Los 1 waren die Kleinanlagen, Los 2 die Großabnahmestellen (Freibad, Kläranlage und Wasserwerk) und Los 3 die Straßenbeleuchtung. Los 1 hat die Firma Rothmoser für sich entschieden. Bestbieter für Los 2 und 3 war die E.ON AG.

Nun möchte der Anbieter Kubus in Zusammenarbeit mit dem Gemeindetag die nächste Ausschreibungsrunde für die Zeit von 2017 mit 2019 einleiten und hat auf den Abschluss eines Vertrags für die Onlineausschreibung gedrängt.

Die Definition von Ökostrom durch das Umweltbundesamt legt insgesamt 7 Kriterien fest, die sich aber nicht alle im Vertragswortlauf von Kubus wiederfinden ließen. Der Landkreis München und mehrere seiner Nachbarlandkreise bzw. Kommunen haben sich von der Firma Specht ein Angebot unterbreiten lassen, das der Definition des Umweltbundesamtes in allen 7 Punkten folgt.

Einige Kommunen im Landkreis haben bereits vor der Sommerpause die entsprechenden Beschlüsse gefasst und auch zum Teil schon Verträge abgeschlossen. Andere, wie der Landkreis, hätten sich die Frist verlängern lassen, um so in Ruhe entscheiden zu können. Die REGE hat sich in der Sitzung am 13.05.2015 im Landratsamt gemeindeübergreifend für den Landkreis Ebersberg mit dem Thema zu beschäftigen. Man wollte den beiden Anbietern Gelegenheit geben, sich vorzustellen und die Unterschiede in den Ausschreibungsverfahren zu erklären.

Bei dieser Veranstaltung ist die Firma Kubus von ihrer bisherigen Haltung abgekehrt und hat sich bereit erklärt, nach den strengeren Vorgaben des Umweltbundesamtes auszuschreiben. Der entscheidende Unterschied ist, dass die Firma Kubus mit ihrem Online-Portal den Strombezug zu einem Stichtag ausschreibt, während die Firma Specht den Strom lediglich für 2 Jahre festschreibt und nur dann vorzeitig zukauf, wenn der Strompreis eine gewisse Höhe, einen vereinbarten Deckel überschreitet.

Das Angebot der Firma Specht für die Betreuung der Ausschreibung liegt bei 4.600,-- €, die Kubus GmbH hält ihre Preise vom letzten Mal, wo wir ebenfalls rund 4.600,-- € bezahlt haben.

In unserem Fall wäre es das Beste, den Strom mit Rücksicht auf unsere kommunalen Besonderheiten wieder selbst auszuschreiben. Das bedeutet nicht an der Bündelausschreibung des Bayerischen Gemeindetags teilzunehmen, bei dem die gesamte Strommenge der Kommunen zusammengefasst wird. Wir haben einen jährlichen Verbrauch von ca. 1.500.000

kWh. Dies ist nach Aussage der Firma Specht nicht sehr viel und deshalb für die großen Stromlieferanten weniger attraktiv. Damit hätte auch der örtliche Anbieter eine Chance auf den Zuschlag. Bei der letzten Ausschreibung wurde die gleiche Vorgehensweise gewählt.

Aus Verwaltungssicht ist vollkommen offen, welche Ausschreibungsmethode für die Stadt günstiger ist. Wegen des geringeren Zeitdrucks favorisiert man aber die Firma Specht. Im Landkreis sind ganz unterschiedliche Entscheidungen gefallen. Manche haben sich für die Firma Specht entschieden, andere für die Kubus GmbH. Ein landkreisweit einheitliches Vorgehen konnte nicht erreicht werden.

Beschluss:

Ja: 12 Nein: 0

Der Finanzausschuss beschließt einstimmig, die Betreuung der europaweiten Ausschreibung für die Stromlieferung der Jahre 2017 bis 2019 über die Firma Specht durchführen zu wollen. Die Kosten dafür liegen bei 4.600,-- € und setzen eine Mitarbeit der Verwaltung für die Erfassung der Daten voraus.

TOP 5

Haushaltswesen;

Zwischenbericht für das Haushaltsjahr 2015

Die Sitzungsleiterin erteilt dem Vertreter der Verwaltung, Herrn Bauer, das Wort. Dieser erläutert den zur Verfügung gestellten folgenden Zwischenbericht für das Haushaltsjahr 2015:

Das Haushaltsjahr 2015 verläuft für die Stadt erwartungsgemäß gut. Voraussichtlich kann das gute Ergebnis bei der **Gewerbsteuer** aus dem vergangenen Jahr mit rund 4,2 Mio. € (Ansatz 3,8 Mio. €) gehalten werden. 2012 stiegen die Gewerbesteuererinnahmen zum ersten Mal über 4,0 Mio. €. Auch im vergangenen Jahr konnten über 4,0 Mio. € vereinnahmt werden. Sind in den restlichen Monaten des Jahres nicht noch größere Rückzahlungen zu leisten, kann die Stadt Mehreinnahmen von 400.000,-- € gegenüber dem Ansatz verbuchen.

Bei der **Beteiligung an der Einkommensteuer** wurden erst zwei von vier Raten verbucht. Diese ersten beiden Raten haben beide jeweils ein Volumen von mehr als 2,1 Mio. € und lassen erwarten, dass der Ansatz von 8.395.100,-- € mindestens erreicht wird. Hoffentlich hält diese Entwicklung länger an.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung seit 1993 bei diesen Einnahmen:

	Gewerbsteuer	Ek-Steuer		
1993	1.673.545 €	4.688.809 €	6.362.354 €	
1994	1.695.771 €	4.989.304 €	6.685.075 €	5%
1995	2.122.431 €	4.818.747 €	6.941.178 €	4%
1996	2.089.430 €	4.587.211 €	6.676.641 €	-4%
1997	2.088.404 €	4.343.201 €	6.431.605 €	-4%
1998	1.812.454 €	4.671.705 €	6.484.159 €	1%
1999	2.301.860 €	5.168.662 €	7.470.522 €	15%
2000	2.498.656 €	5.345.613 €	7.844.269 €	5%
2001	3.376.789 €	5.298.147 €	8.674.936 €	11%
2002	1.062.174 €	5.222.027 €	6.284.201 €	-28%
2003	2.058.062 €	5.400.724 €	7.458.786 €	19%

2004	2.060.074 €	5.120.559 €	7.180.633 €	-4%
2005	1.492.185 €	5.015.332 €	6.507.517 €	-9%
2006	2.335.840 €	5.335.852 €	7.671.692 €	18%
2007	2.938.010 €	6.295.400 €	9.233.410 €	20%
2008	2.411.569 €	6.907.396 €	9.318.965 €	1%
2009	2.219.507 €	6.507.004 €	8.726.511 €	-6%
2010	3.024.206 €	6.163.774 €	9.187.980 €	5%
2011	2.761.855 €	6.650.682 €	9.412.537 €	2%
2012	4.585.929 €	7.119.637 €	11.705.566 €	24%
2013	3.896.511 €	7.671.629 €	11.568.140 €	-1%
2014	4.219.868 €	8.279.098 €	12.498.966 €	8%
2015 (27.10.2015)	4.273.528 € voraussichtlich	8.395.100 € voraussichtlich	12.668.628 € voraussichtlich	1%

Die **Einnahmen** haben sich generell in den letzten Jahren nach oben orientiert. Allerdings sind auch die **Ausgaben** gestiegen. Dies gilt nicht nur für die Kreisumlage, als größte Ausgabe, die zwar in diesem Jahr gegenüber dem letzten Jahr um fast 400.000,-- € zurückgegangen ist, im Jahr zuvor aber eine Steigerung von rund Euro 900.000,-- € erfahren hat.

Bei den Einnahmen aus den **Gebühren** verläuft die Entwicklung in diesem Jahr besser als letztes Jahr. Beim Freibad wurden Mehreinnahmen aus den Eintritten von rund 25% erzielt. Fast hätte man die Rekordmarke von 200.000,-- € erreicht (Ergebnis 197.022,-- €). Bei den Parkgebühren wurden aktuell über 60% der angesetzten Summen eingenommen. Im letzten Jahr war es zu diesem Zeitpunkt weniger als die Hälfte des Ansatzes von 65.000,-- €. Beim Friedhof ist der Ansatz fast erreicht. Die Einnahmen liegen bereits jetzt höher als vergangenes Jahr. Die Abfallgebühren wurden aufgrund einer bestehenden Überdeckung um 20 % reduziert. Sie liegen aber bereits schon wieder über dem Ansatz von 740.000,-- €.

Wichtige Einnahmen des Verwaltungshaushaltes

HHst.	Bereich	Bezeichnung	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ansatz 2015
020 16500	Verwaltung	Erstattungen Stadtwerke	205.981 €	206.415 €	197.290 €	199.000 €
110 10000	Öff. Sicherheit	Verwaltungsgebühren	109.780 €	90.731 €	95.088 €	94.000 €
570 11000	Freibad	Eintrittsgebühren	134.162 €	162.758 €	120.882 €	150.000 €
720 11100	Abfallbeseitigung	Müllabfuhrgebühren	874.518 €	906.123 €	743.710 €	740.000 €
810 22000	Unternehmen	Konzessionsabg. Strom	251.476 €	274.506 €	262.652 €	270.000 €
880 14000	Liegenschaften	Mieten Wohnungen	293.419 €	268.494 €	271.731 €	275.000 €
900 00100	Finanzen	Grundsteuer B	1.209.093 €	1.222.696 €	1.271.098 €	1.260.400 €
900 00310	Finanzen	Gewerbsteuer	4.590.120 €	3.913.565 €	4.270.214 €	3.800.000 €
900 01000	Finanzen	Einkommenssteueranteil	7.119.637 €	7.671.629 €	8.279.098 €	8.395.100 €
900 01200	Finanzen	Umsatzsteueranteil	245.330 €	247.232 €	254.257 €	280.000 €
900 04100	Finanzen	Schlüsselzuweisungen	609.404 €	1.027.152 €	394.168 €	1.009.400 €
900 06100	Finanzen	Finanzzuweisungen	214.846 €	216.098 €	216.015 €	220.000 €
900 06101	Finanzen	Familienlastenausgleich	647.238 €	672.192 €	687.621 €	681.000 €
900 06110	Finanzen	Grunderwerbsteuer	216.625 €	297.815 €	191.399 €	220.000 €
			15.712.950 €	17.177.407 €	17.255.223 €	17.593.900 €

Auch die **Personalausgaben** liegen im Plan. Sie haben in diesem Haushaltsjahr das erste Mal die Marke von 4,0 Mio. € überschritten (Ansatz: 4.179.800). Im letzten Jahr lagen sie nach Plan noch bei 3.931.700,-- €. Bisher wurden 73 % oder 3.054.451,-- € der geplanten Summe ausgegeben. Der starke Anstieg in diesem Jahr ist unter anderem damit zu begründen, dass ein großer Teil des Personals wieder in den Genuss der Ballungsraumzulage kommt. Außerdem ist die Zahl der Mitarbeiter der Stadt in den letzten Jahren auf 114 gestiegen.

Gründe für den Anstieg des Personals sind unter anderem die Einführung einer EDV-Abteilung, einer Abteilung für Jugend und Familie, die Sanierung des Freibades sowie die sonstigen steigenden Anforderungen an die Verwaltung.

Insgesamt wurden von den Ausgaben des Verwaltungshaushalts in Höhe von 21.576.000,-- € bisher 14.570.124,-- € (67%) ausgegeben. Eine endgültige Aussage über die **Ausgaben im Verwaltungshaushalt** ist momentan, schwierig. Über- oder außerplanmäßige Ausgaben liegen nur in einem sehr geringen Umfang vor. Die einzige große zu erwartenden überplanmäßige Ausgabe ist die **Gewerbsteuerumlage**, die wegen der hohen Einnahme aus der Gewerbesteuer von 794.600,-- laut Ansatz auf rund 970.000,-- € steigen könnte. Beim **Unterhalt** für die städtischen Liegenschaften wurden erst 60% der angesetzten Mittel ausgegeben.

Wichtige Ausgaben des Verwaltungshaushaltes

HHst.	Bereich	Bezeichnung	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ansatz 2015
290 63900	Schülerbeförderung	Kosten	148.453 €	146.728 €	152.371 €	150.000 €
350 71310	Musikschule	Umlage	207.111 €	219.900 €	222.700 €	221.800 €
630 67500	Straßen	Entwässerung	188.670 €	188.670 €	155.589 €	160.000 €
720 57000	Abfallbeseitigung	Kosten	129.816 €	148.468 €	144.559 €	145.000 €
720 57003	Abfallbeseitigung	Abfuhr- Komposttonne	141.153 €	123.146 €	147.249 €	148.000 €
720 67200	Abfallbeseitigung	Entsorgungsumlage	286.081 €	255.597 €	257.765 €	260.000 €
762 68000	Stadthalle	Kalk.Kosten	132.935 €	84.600 €	84.600 €	84.600 €
900 81000	Finanzen	Gewerbsteuerumlage	1.087.528 €	793.978 €	890.854 €	794.600 €
900 83200	Finanzen	Kreisumlage	5.224.409 €	5.260.800 €	6.191.759 €	5.796.800 €
910 80760	Finanzen	Zinsausgaben unrent.	112.139 €	104.886 €	97.411 €	120.000 €
			7.658.295 €	7.326.774 €	8.277.289 €	7.880.800 €

Insoweit verläuft der **Verwaltungshaushalt** des Jahres 2015 gut. Die mögliche höhere Zuführung wird dem Vermögenshaushalt eine „Freie Finanzspanne“ von mindestens 1.700.000,-- € eröffnen. Ein großer Anteil der geplanten Investitionen des Vermögenshaushaltes könnte so über die bereits durchgeführte Rücklagenentnahme und die Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt finanziert werden.

	Verwaltungshaushalt	Ansatz €	Soll zum 15.10.2015	
Einnahmen	21.576.000 €	15.006.076 €	69 %	
Ausgaben	21.576.000 €	14.570.124 €	67 %	
Einkommenssteuer	8.3395.100 €	4.018.277 €		
Gewerbsteuer	3.800.000 €	4.249.062 €		
Zuführung	2.199.500 €	0,00 €		

Die **Einnahmen im Vermögenshaushalt** reichen bei einer ausreichenden Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt aus, um wenigstens nicht die ganze genehmigte Kreditermächtigung in Höhe von 2.705.400,-- € ausschöpfen zu müssen. Der Bedarf an Kreditmittel beträgt aber trotzdem 2,0 Mio. €. Damit wird ungefähr die Hälfte des Grundstückserwerbs finanziert. Die momentanen Kosten für eine Fremdfinanzierung liegen allerdings auf Höhe der Inflation und sind deshalb eine adäquate Alternative zur Finanzierung aus Eigenmitteln. Auch bei der Entnahme aus der Rücklage will die Stadt mit einem geringeren Betrag auskommen. Hier soll die Höhe der Entnahme 2,0 Mio. € nicht übersteigen.

Eine Übersicht zeigt die derzeitigen Einnahmen des Vermögenshaushaltes:

HHST-NR.	Bereich	Bezeichnung	Ansatz	15.10.2015
060.34500	Verwaltung	Verkauf VW Polo	5.000 €	5.300 €
130.36101	Feuerwehr	Zuschuss Anschaffungen Digitalfunk	60.000 €	19.755 €
130.36102	Feuerwehr	Erneuerung Schlauchpflegeanlage	15.000 €	16.500 €

211.36100	Grundschule	Zuschuss Ganztagschule	250.000 €	159.500 €
211.36801	Grundschule	Beteil. Gemeinden Verkehrsübungsplatz	0 €	4.375 €
213.36101	Mittelschule	Förderung Ganztagschule nach FAG	150.000 €	112.000 €
352.36200	Bücherei	Zuschuss Kath. Kirche für Bücherei	2.000 €	2.000 €
561.36200	Dreifachturnhalle	Beteiligung d. Lkr. an der Sanierung	300.000 €	0 €
620.32600	Soz. Wohnungsbau	Tilgung Sozialer Wobau Wasserburger Str.	6.400 €	6.391 €
620.32800	Soz. Wohnungsbau	Tilgung Darl. StBFö Rotter Str.11	1.800 €	1.867 €
620.32801	Soz. Wohnungsbau	Tilgung StBFö Alte Hammerschmiede	900 €	925 €
630.35000	Straßen	KAG-Beiträge Bernauer Straße	150.000 €	0 €
630.35004	Straßen	Erstattung Abbiegespur Rotter Str.	350.000 €	0 €
630.35005	Straßen	Straßenausbaubeitrag allgemein	100.000 €	0 €
630.36102	Straßen	Zuwendung Breitbandversorgung	110.000 €	0 €
630.36104	Straßen	Zuwendung FAG Gindlkofer Weg	25.000 €	0 €
630.36105	Straßen	Zuwendung nach GVFG Radweg Straußdorf	0 €	28.000 €
670.35000	Straßenbeleuchtung	Straßenbeleuchtung Nettelkofen	10.000 €	0 €
680.35000	Parkplätze	Stellplatzpauschalen	20.000 €	0 €
680.36100	Parkplätze	Zuweisungen Parkplatz Brauereigelände	320.000 €	0 €
690.36100	Parkplätze	Herstellung Durchgängigkeit Attel	55.000 €	0 €
690.36200	Gewässer	Zuweisungen Gewässerausbau	10.000 €	0 €
791.34000	Wirtschaftsförderung	Verkaufserlöse von Werbehinweistafeln	1.000 €	459 €
880.34001	Wohnungen	Erstattung Wolfsschlucht	440.000 €	438.946 €
900.36100	Finanzen	Investitionskostenpauschale	120.000 €	144.288 €
910.30000	Finanzen	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	2.199.500 €	0 €
910.31000	Finanzen	Entnahmen aus der „Allgemeine Rücklage“	2.000.000 €	2.000.000 €
910.31004	Finanzen	Entnahme Stellplatzrücklage	700.000 €	0 €
910.37700	Finanzen	Kreditaufnahmen aus Kapitalmarkt	2.705.400 €	2.000.000 €
		Summe	10.107.000 €	4.941.102 €

Bei den Einnahmen fehlt natürlich noch die Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt, die erst am Ende des Jahres feststeht.

Die Ausgaben im Vermögenshaushalt sind mit einem Ansatz von Euro 10.107.000,-- € deutlich höher als im Vorjahr. Ursache ist der Grunderwerb des neuen Gewerbegebietes. Auch die Baumaßnahmen sollten über einem Betrag vom 4.348.600,-- € abgewickelt werden. Hier werden aber nicht alle Ausgaben getätigt werden.

Die folgende Übersicht zeigt die Entwicklung bei den höheren Ausgaben:

HHST-NR.	Bereich	Bezeichnung	Ansatz	15.10.2015
060.93500	Verwaltung	Erwerb beweglicher Sachen EDV	85.000 €	4.355 €
060.94000	Verwaltung	Sanierungsarbeiten Rathaus	50.000 €	37.739 €
060.94001	Verwaltung	Umbauten Rathausgasse 1	50.000 €	3.440 €
130.95000	Feuerwehr	(Schlauchturm)	65.000 €	57.310 €
211.95000	Grundschule	Verkehrsübungsplatz	150.000 €	20.002 €
211.95600	Grundschule	Ausbau Ganztagschule	100.000 €	19.382 €
213.95002	Mittelschule	WC Obergeschoss	180.000 €	216.100 €
350.95000	VHS	Investitionen für die VHS	200.000 €	158.879 €
464.94000	Kindertagesstätten	Kindertagesstätte St. Elisabeth	50.000 €	3.348 €
550.98800	Sport	Zuschuss Investitionen Eisstadion	50.000 €	- €

560.93500	Stadion	Erwerb Anlagevermögen	55.000 €	41.526 €
560.94002	Stadion	Kunstrasen	420.000 €	396.836 €
561.94000	Dreifachturnhalle	Sanierungsmaßnahmen	500.000 €	153.517 €
561.94001	Dreifachturnhalle	Brandschutz	450.000 €	182.262 €
630.93200	Straßen	Grunderwerb allgemein	50.000 €	72.496 €
630.94003	Straßen	Ausbau Breitbandversorgung	160.000 €	3.841 €
630.94006	Straßen	Gehweg Grf. Bahnhof-Nettelkofen	50.000 €	7.453 €
630.95006	Straßen	Radwegbau Gindlkofener Weg	55.000 €	- €
630.95007	Straßen	Straßenbau Dichauer Weg	65.000 €	- €
630.95008	Straßen	Straßenbau Rotter Straße	350.000 €	2.995 €
630.95009	Straßen	Sanierung Ufermauer Bergstraße	65.000 €	- €
680.93200	Parkplätze	Tiefgarage Rotter Straße	400.000 €	361.424 €
690.95000	Gewässer	Hochwasserschutz Attel	80.000 €	59.500 €
690.95002	Gewässer	Hochwasserschutz Urtelbach	50.000 €	- €
690.95004	Gewässer	Wieshamer Bach	91.000 €	1.125 €
720.95002	Abfall	Altlastensanierung Bruck und Eisendorf	115.000 €	4.986 €
761.94003	Öff. Gebäude	Sanierung Lagerhausstraße 17	50.000 €	- €
762.95001	Stadthalle	Brandmeld- /Brandschutzmaßnahmen	150.000 €	4.466 €
770.93500	Fuhrpark	Beschaffung Bauhoffahrzeuge	120.000 €	21.721 €
771.94000	Bauhof	Planungen und Bau für Bauhof	100.000 €	27.794 €
880.93200	Wohnungen	Grunderwerb Schammach II	4.300.000 €	4.168.320 €
880.94002	Wohnungen	Sanierungen von Wohngebäuden	120.000 €	- €
910.97601	Finanzen	Tilgung Kfw unrentierlich -neu-	60.000 €	66.251 €
910.97602	Finanzen	Tilgung BayLaBo -rentierlich-	120.000 €	88.275 €
910.97760	Finanzen	Tilgungen von Krediten unrentierlich	200.000 €	128.618 €
		Summe	9.156.000 €	6.313.961 €

Vermögenshaushalt

	Ansatz €	Soll zum 15.10.2015	
Einnahmen	10.107.000 €	4.941.102 €	49 %
Ausgaben	10.107.000 €	6.718.067 €	66 %
Kreditaufnahme	2.705.400 €	2.000.000 €	
Rücklagenentnahme	2.700.000 €	2.000.000 €	

Die relativ hohe Rücklagenentnahme verringert natürlich die Reserven für die kommenden Jahre. Die Rücklage wurde durch das gute Ergebnis des Vorjahres und die damit verbundene Rücklagenzuführung fast nicht verändert und betrug zu Beginn des Jahres 5,2 Mio. €. Sie wird nun auf rund 3,2 Mio. € reduziert. Ein Teil davon ist für die Stellplatzrücklage reserviert und wird im nächsten Jahr für die Stellplätze in der Rotter Straße benötigt.

Die Verschuldung der Stadt wird sich in diesem Jahr erhöhen und knapp 6,1 Mio. € betragen, wobei eine weitere Erhöhung für die nächsten Jahre bereits im Finanzplan eingeplant ist. Die Erschließung des Gewerbegebietes wird aber auf jeden Fall weiteren Fremdfinanzierungsbedarf auslösen.

Die Rechtsaufsichtsbehörde beurteilte in einem umfangreichen Genehmigungsschreiben für den Haushalt 2015 die wirtschaftliche Situation der Stadt und ging dabei auf die vorliegenden Problemfelder ein. Dabei wurde bestätigt, dass die in diesem Haushaltsjahr geplante Kreditaufnahme bei der Stadt und den Stadtwerken genehmigt wird.

Auf folgende Auflagen wurde hingewiesen:

1. Beim Bestattungswesen soll eine höhere Kostendeckung angestrebt werden.
2. Freiwillige Aufgaben dürfen nur verwirklicht werden, wenn entsprechende Finanzierungsspielräume vorhanden sind und Pflichtaufgaben nicht vernachlässigt werden.

Positiv bewertet wurde bereits in den vergangenen Feststellungen der Rechtsaufsicht die Erhöhung der Realsteuerhebesätze bei der Gewerbesteuer und Grundsteuer B. Dies gilt auch für andere gebührenfinanzierte Bereiche und das Freibad mit der interkommunalen Zusammenarbeit mit Ebersberg. Das strukturelle Ungleichgewicht im Verwaltungshaushalt wurde so nachhaltig verbessert.

Trotzdem werden die zukünftigen Investitionen und die damit verbundenen Folgekosten im Verwaltungshaushalt als bedenklich bewertet. Die guten Steuereinnahmen werden weiterhin zu einer Erhöhung der Kreisumlage in den Jahren 2015 ff führen. Wobei berücksichtigt werden muss, dass die Erhöhung der Nivellierungshebesätze im Finanzausgleichsgesetz die Umlagekraft erhöht und damit den Landkreisen über die Kreisumlage deutlich mehr Einnahmen ermöglicht.

Auch sollen alle Möglichkeiten für eine Senkung der Umlage an den Zweckverband ausgeschöpft werden. Auch sonstigen Einrichtungen im freiwilligen Bereich wie Bücherei oder Freibad sollen die Gebühren erhöht werden. Letzterer Forderung kommt die Stadt nach.

Eine Umsetzung der im Finanzplan veranschlagten Investitionen wird zu einem Anstieg der Verschuldung im Finanzplanungszeitraum führen und die Rücklagen weiter abschmelzen lassen. Auch darf gleichzeitig der erforderliche Unterhalt nicht vernachlässigt werden. Insgesamt aber verläuft das Haushaltsjahr 2015 zufriedenstellend.

Anknüpfend an den Bericht des Stadtkämmerers wurde angeregt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, den Kreistag zu einer Senkung der Kreisumlage zu bewegen.

Der Landkreis erwirtschaftete nämlich auf Kosten der Kommunen einen Haushaltsüberschuss. Es wurde ferner moniert, dass in den „fetten Jahren“ keine Rücklagen angesammelt wurden und dass die Zuschüsse an Grafinger Vereine bedenkliche Höhen angenommen hätten.

Auch dürfe die Akquise von Einnahmen kein Tabu-Thema sein, so z.B. bei der Grundsteuer. Ziel der Stadt Grafing solle außerdem die Gewinnung von potenten Gewerbesteuerzahlern sein.

zur Kenntnis genommen

TOP 6
Informationen

Keine

TOP 7
Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung

Keine

Anschließend nicht öffentliche Sitzung.

Grafring b.M., 09.11.2015
Stadt Grafring b.München

Angelika Obermayr
Erste Bürgermeisterin

Stephan Meyerhofer
Schriftführer/in